

# Pensionskassen - wie weiter?

## Finanzielle Auswirkungen der Situation APK auf den Kanton Aargau

Rudolf Hug, Oberrohrdorf  
24. Juni 2003

# Übersicht

- **Bedeutung der Primatsfrage**
- **Verpflichtungen des Kantons Aargau**
- **Offengelegte Verpflichtungen**
- **Verdeckte Verpflichtungen**
- **Schlussfolgerungen**

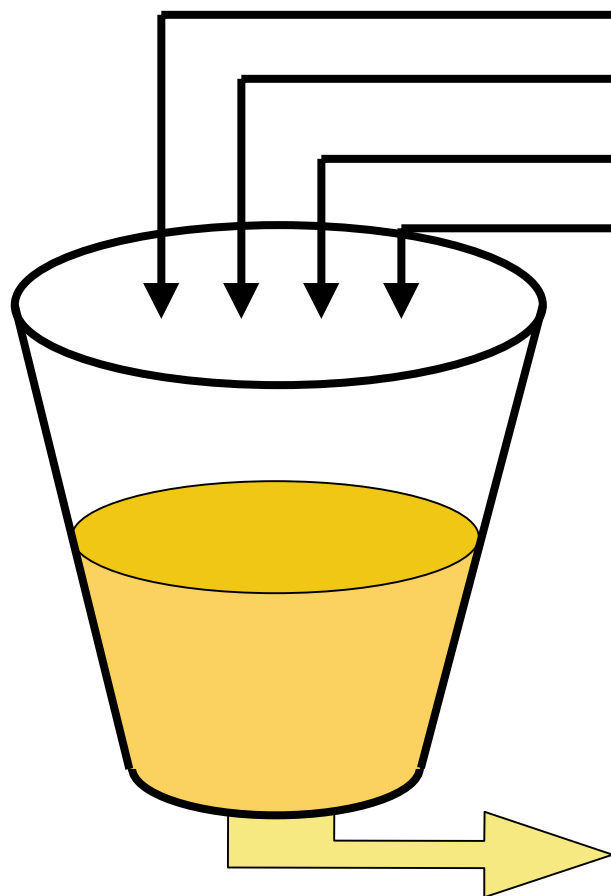
# 1. Bedeutung der Primatsfrage

# Ein Versuch Beitragsprimat vs. Leistungsprimat zu erklären.

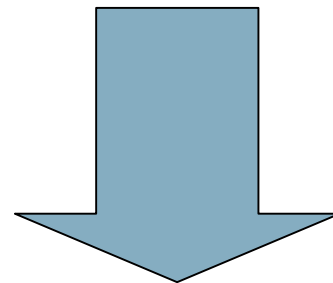


- Für gleichviele, gleichgrosse Würste braucht es gleichviel Brät!
- Es ist eine Frage der Brätmenge, wieviel und wie grosse Würste es gibt!
- Die Brätmenge entspricht dem Kapital.

# Beitragsprimat



- Arbeitgeberbeiträge
- Arbeitnehmerbeiträge
- Kapitalerträge
- Höhereinkaufssummen



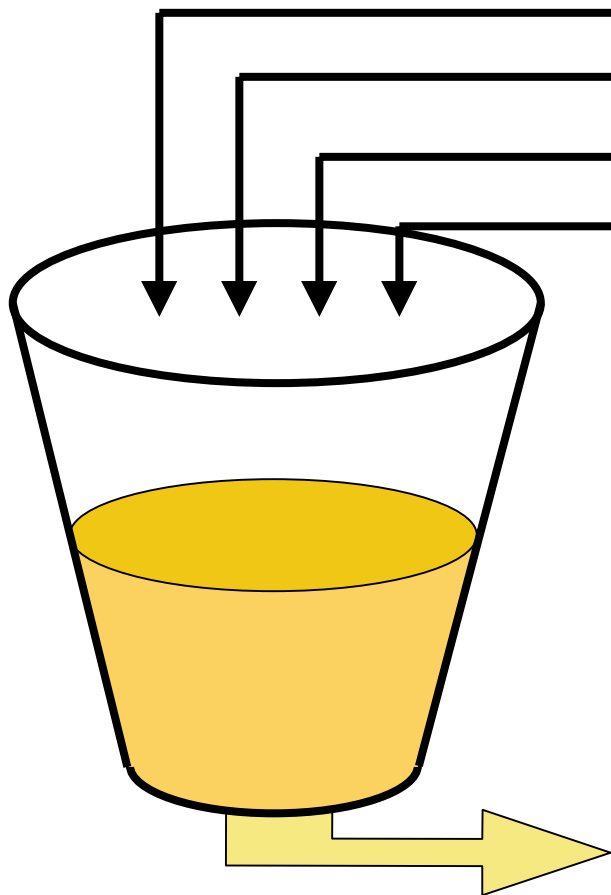
Kapital bestimmt  
Leistung.

**Rentner trägt das Risiko!**

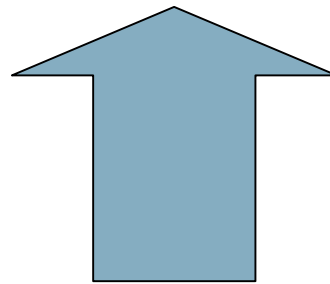
Grösse abhängig vom Rentensatz



# Leistungsprimat



- Arbeitgeberbeiträge
- Arbeitnehmerbeiträge
- Kapitalerträge
- Höhereinkaufssummen



Leistung bestimmt  
Kapital.

**Kasse trägt das Risiko!**

Grösse abhängig vom letzten v. Lohn



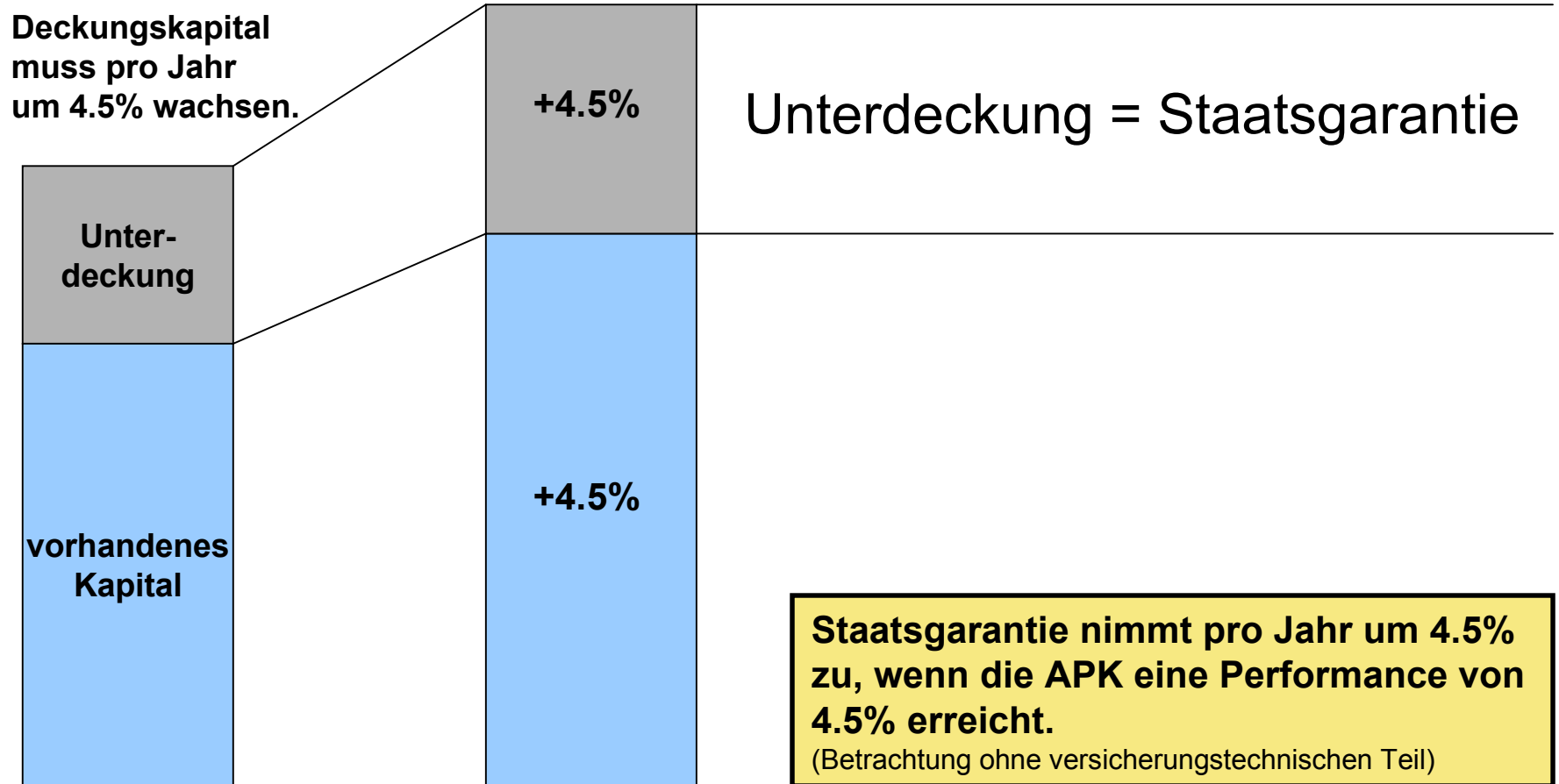
# Leistungsvergleich

	Leistungsprimat APK	Beitragsprimat KMU
Rente	65% des versicherten Lohnes	7.2% des Kapitals p.a. (6.8 % geplant)
Rentenalter	63	65
Kapitalverzinsung	4.5%	3.25% (2%)
Arbeitnehmer	7%	3.5 - 9%
Arbeitgeber	11%	3.5 - 9%
Höhereinkauf	Grossteil Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Teuerung	durch Staat finanziert	keine

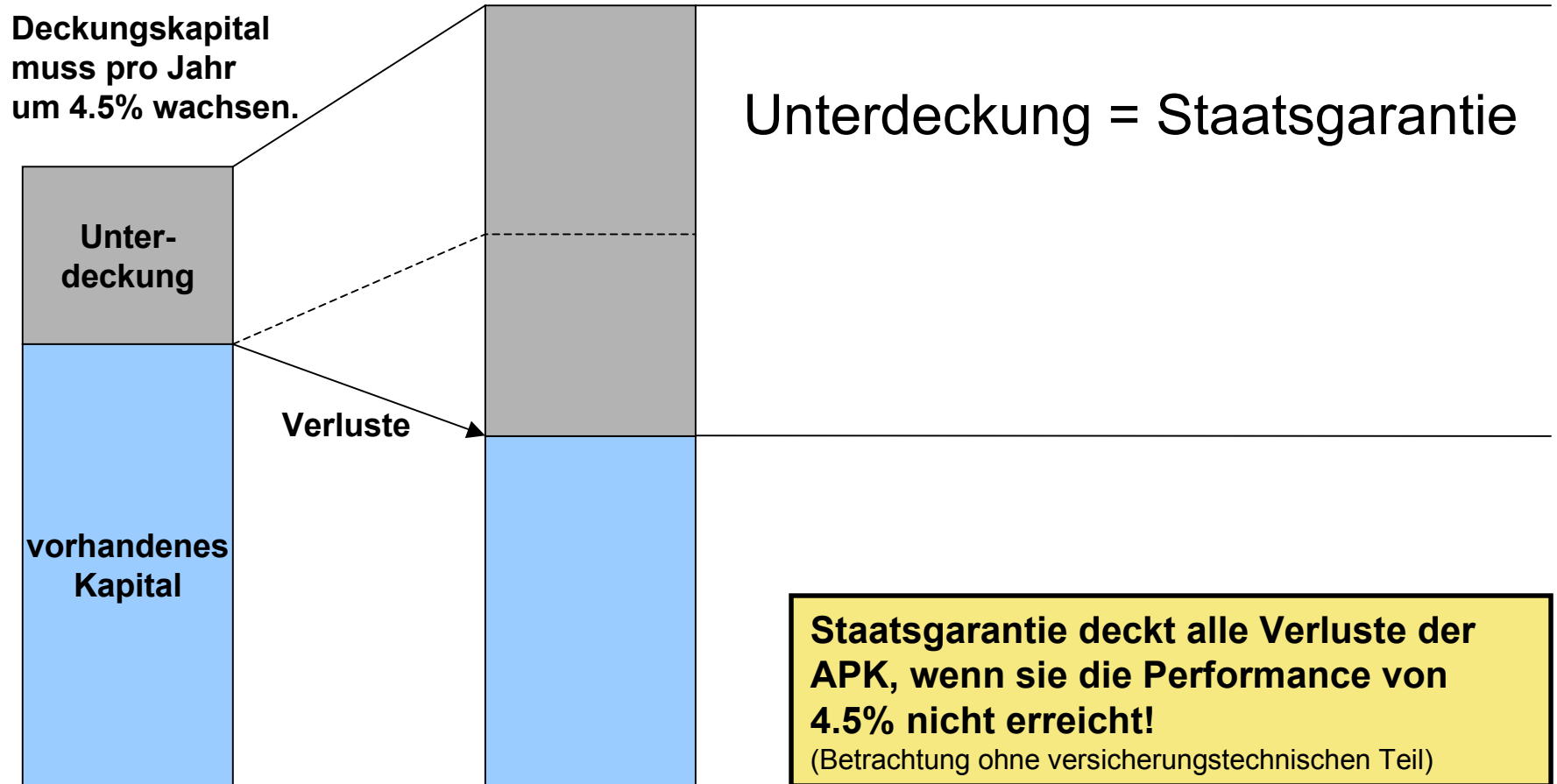
## **2. Verpflichtungen des Kantons Aargau**



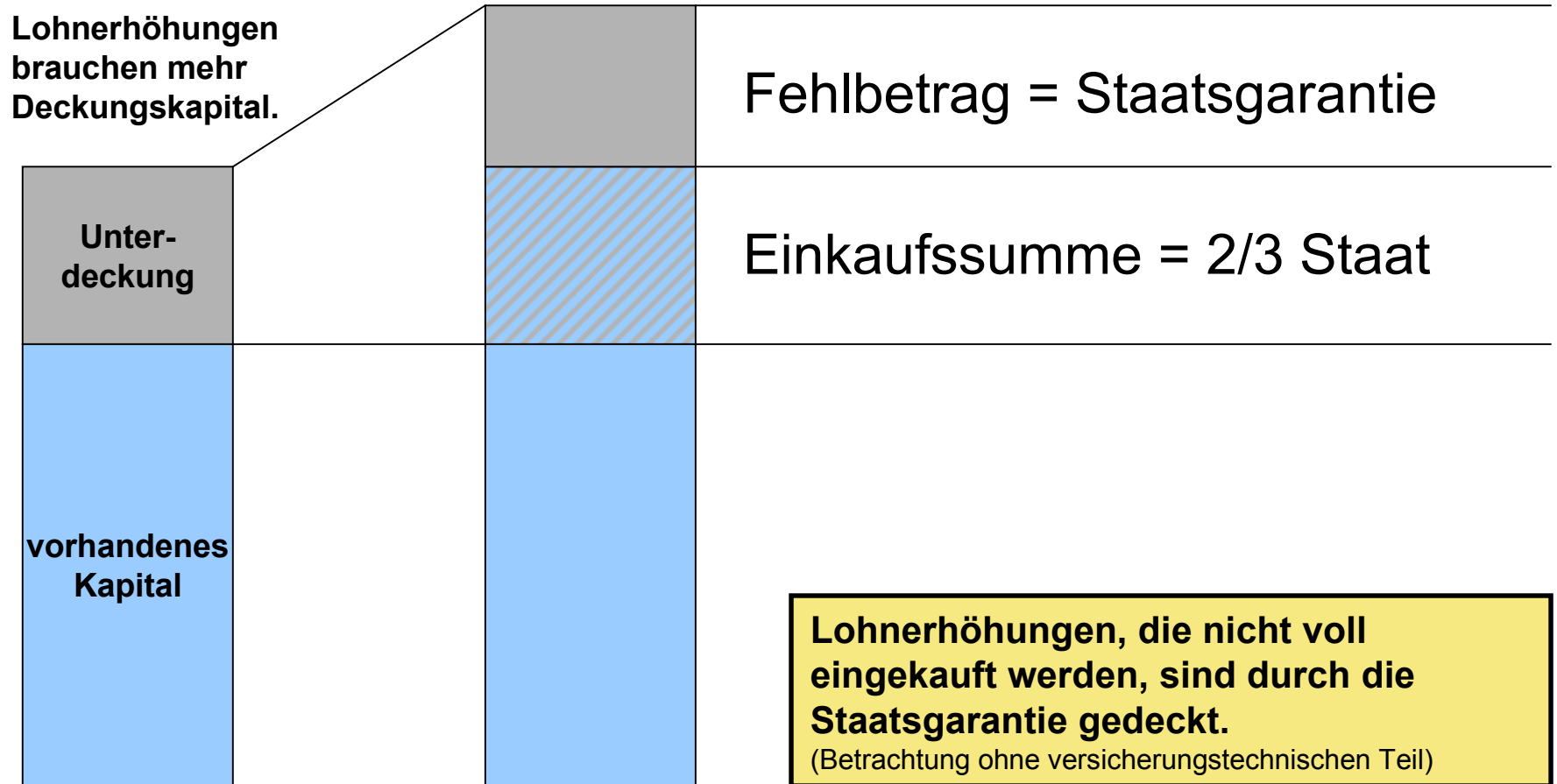
# Unterdeckung wird jedes Jahr grösser!



# Staatsgarantie deckt alle Verluste!



# Staat trägt das Risiko der Inflation!

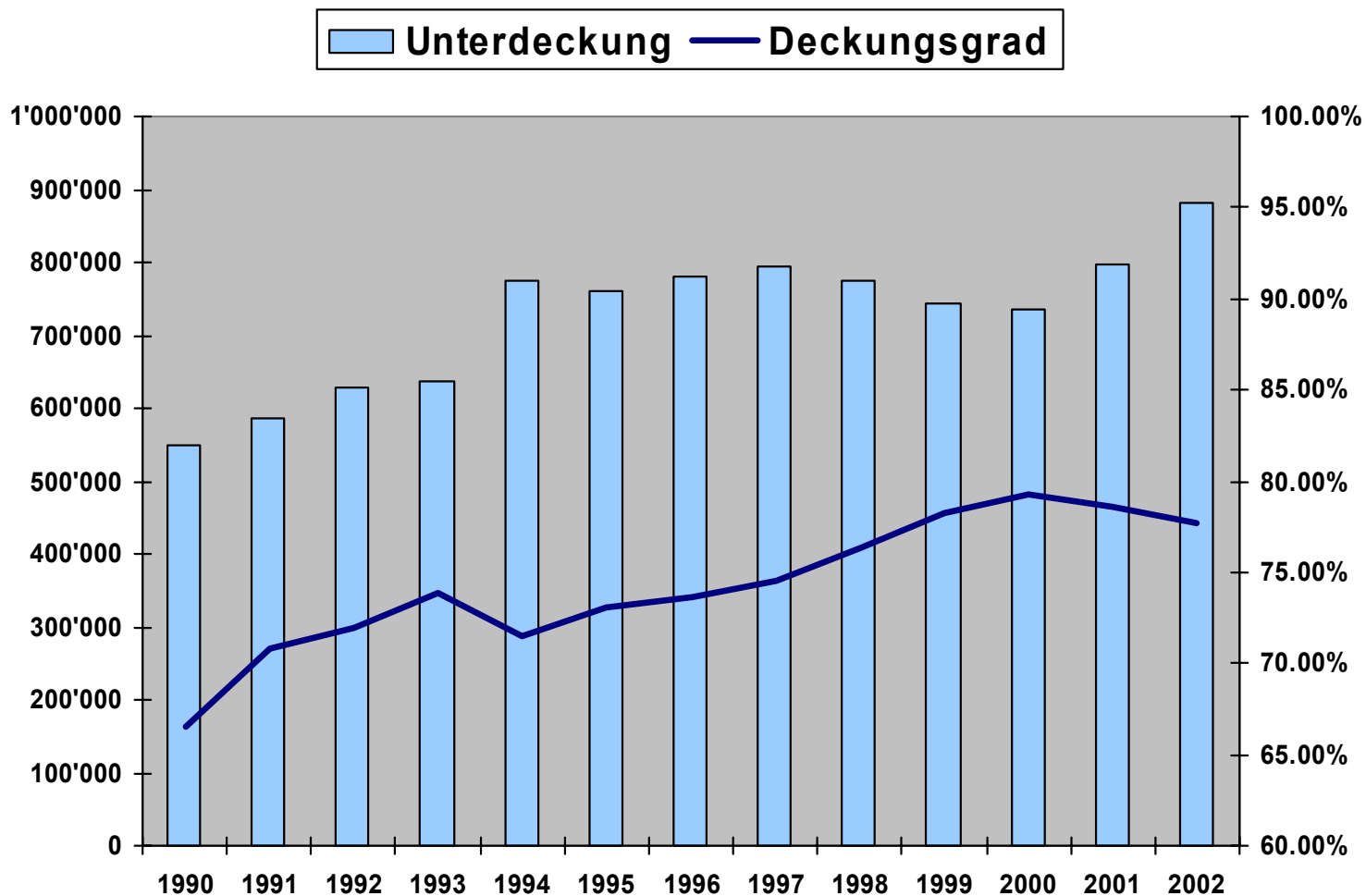


# **3. Offengelegte Verpflichtungen**

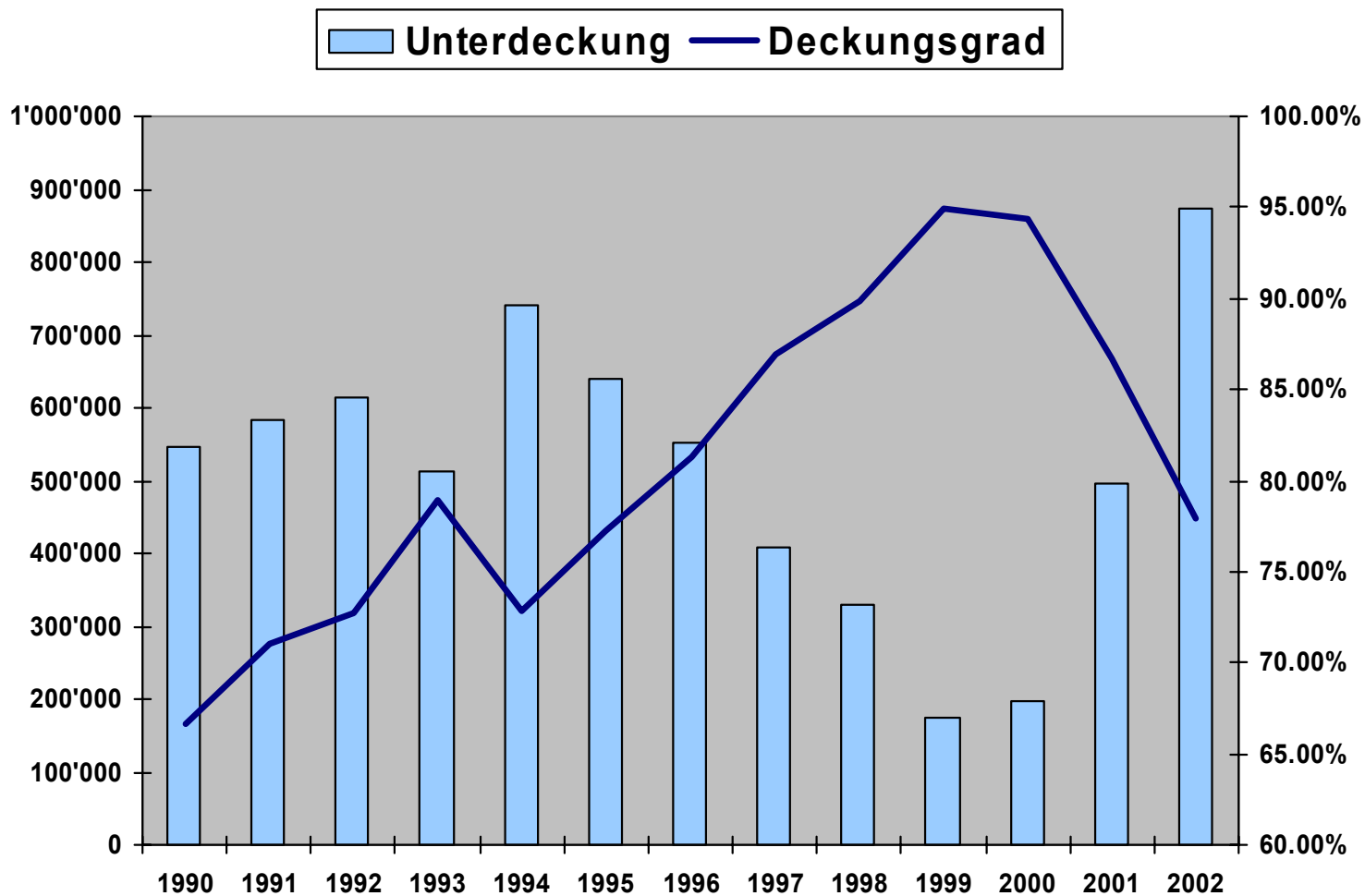
# APK hat zwei (drei) Kollektive

- Die APK hat Staatsangestellte und angeschlossene Dritte (Gemeinden und Institutionen).
- Ein Teil der angeschlossenen Dritten ist von Subventionen des Kantons abhängig.
- Etwa für 70% der APK-Verbindlichkeiten haftet der Kanton, etwa für 30% Gemeinden und Andere
- Ab 1.1.2004 sind die Lehrpersonen bei der APK

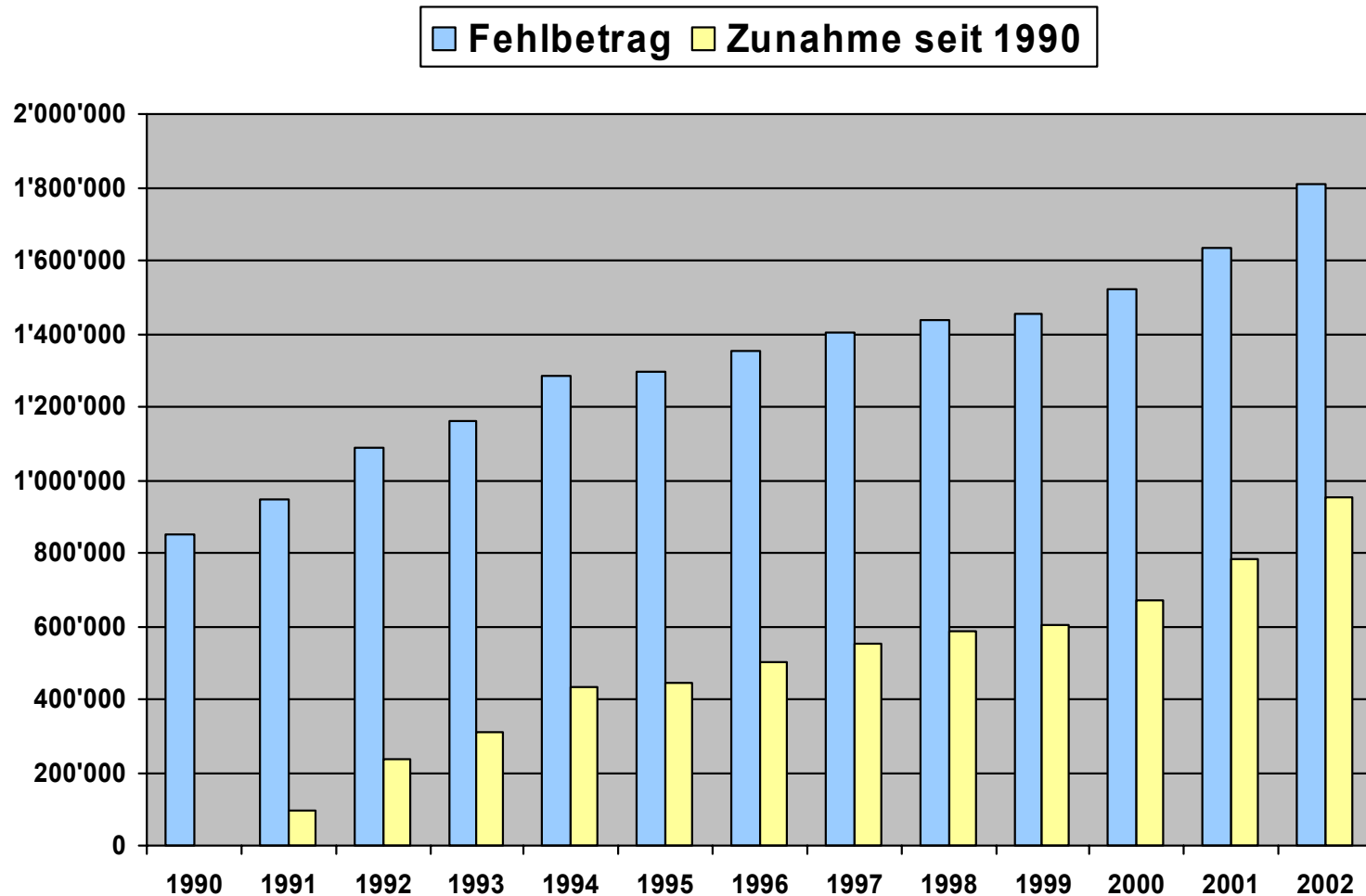
# Unterdeckung der APK mit Schwankungsreserve



# Unterdeckung der APK ohne Schwankungsreserve



# Totaler Fehlbetrag Kanton (ohne unabhängige "Dritte") vor Überführung Lehrpersonen





# Fakten

- Seit 1990 hat die ausgewiesene Verpflichtung\* des Kantons Aargau gegenüber der Altersvorsorge um **955 Millionen** zugenommen.
- Im gleichen Zeitraum hat die Verschuldung des Staatshaushaltes um **582 Millionen** zugenommen.

\* Anteil der Verpflichtung gegenüber "Dritten" durch den Kanton auf 15% geschätzt.

# **4. Verdeckte Verpflichtungen**

**(nach Überführung LPV)**

# Unterdeckung ist vom Zinssatz abhängig

Die nachfolgende Tabelle zeigt was passiert, wenn sich der technische Zinssatz verändert.

Tech. Zinssatz	4.5%	3.25%	2.5%
Fehlbetrag Kanton	<b>900 Mio</b>	<b>2425 Mio</b>	<b>4072 Mio</b>
Deckungsgrad	77.7%	55.8%	42.9%
Fehlbetrag „Dritte“	265 Mio	900 Mio	1200 Mio

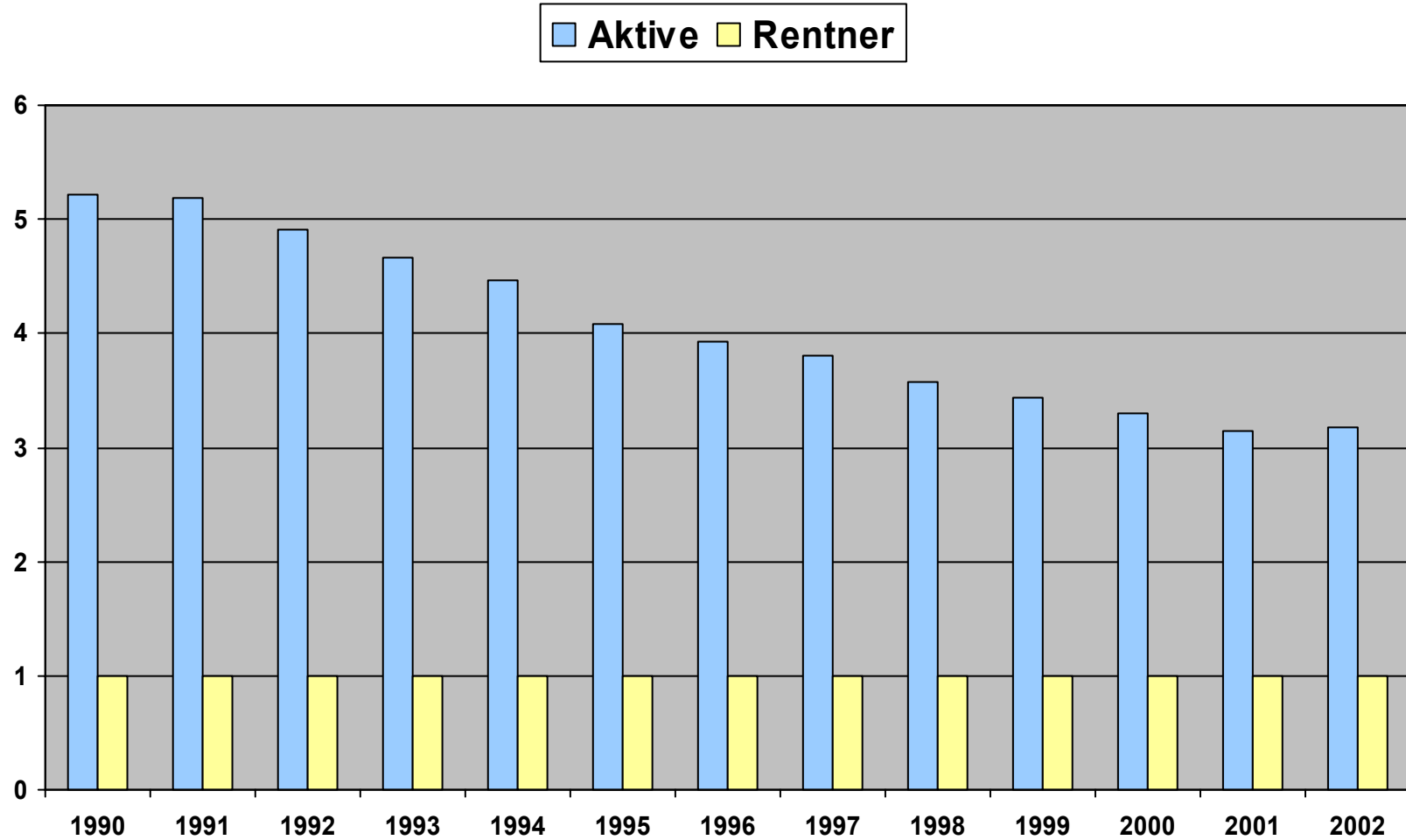
- Die Zahlen basieren auf Annahmen, sind kapitalisiert und beinhalten den geschätzten Kantonsanteil für die “Dritten”.
- Nach Schätzungen APK bewirkt eine Änderung des technischen Zinssatzes von 0.5% eine Veränderung des Deckungsgrades von 10%.
- Die kapitalisierten Zahlen sind somit plausibel.

# Teuerung wird durch den Staat bezahlt.

- Pro Jahr bezahlt der Kanton Aargau ca 19 Millionen Franken als Teuerungszulagen auf Renten aus der Staatskasse. (Staatsangestellte und Lehrpersonen)

Zinssatz	4.5%	3.25%	2.5%
Notwendiges Kapital	420 Mio	585 Mio	760 Mio

# APK Verhältnis Aktive-Rentner



# 3. Schlussfolgerungen

# Verpflichtungen des Kantons in Millionen

Zinssatz	4.5%	3.25%	2.5%
Unterdeckung	900	2425	4072
Kapital TZ	420	585	760
Sonderfinanzierung	905	905	905
Total Verpflichtung	<b>2225</b>	<b>3915</b>	<b>5737</b>
Deckungsgrad	77.7%	55.8%	42.9%
„Kosten“ pro Jahr	80	120	140
Schwankungsreserven	?	?	?

# Schlussfolgerungen

- Pensionskassenversprechen basieren auf zu hohen Renditeerwartungen, Kanton trägt volles Risiko.
- Transparenz fehlt.
- Kostenfolgen sind schwer abzuschätzen.
- Leistungen und Prämien müssen den Gegebenheiten angepasst werden.
- Primatwechsel und Ausfinanzierung müssen ernsthaft in Erwägung gezogen werden.
- *Gemeinden und Institutionen sitzen im gleichen Boot!*



# These

- Der Grossteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ist im Beitragsprimat versichert.
- Durch den tieferen Mindestzinssatz und den reduzierten Rentensatz werden sie tiefere Renten erhalten.
- Gleichzeitig finanzieren sie über ihre Steuern die zu hohen Rentenversprechen der Staatsangestellten.

# Referat

abrufbar unter:

**[www.rudolf-hug.ch](http://www.rudolf-hug.ch)**